

Zeitung für das Dilltal.

Ämtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag des Buchdruckers L. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Freitag den 12. Mai 1916

76. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Behandlung.

betr. Kaffee.

Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzstoffe in Berlin macht bekannt, daß von den angemeldeten und bei ihm verbuchten Ersatzstoffen eine Quota von insgesamt 10 Millionen Kilo Kaffee Sorten zum Verkauf und zur Abfuhr unter folgenden Bedingungen freigegeben wird:

Jeder Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustand verkauft werden.

Jeder einzelne Kaffee darf nicht mehr als ein halb Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird.

Der Preis für ein halb Pfund gerösteten Kaffee und ein Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 M. nicht übersteigen.

Der Kriegsausschuss (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) darf an den Ersatzstoffen nur die Hälfte desjenigen Quantum in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren durchschnittlichen Verbrauch der letzten drei Monate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden.

Die Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzstoffen müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 Proz. Kaffee enthalten, 2,20 M. pro Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen.

Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln und Mischungen, welche die obigen Bedingungen einhalten, wird durch den Kriegsausschuss ihr gewohnter Vorrat an Kaffee abgenommen werden.

betr. Tee.

Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzstoffe in Berlin macht bekannt:

Die angemeldeten Bestände an grünem Tee werden unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkauf in Groß- und Kleinhandel 2,50 M. für ein halb Pfund nicht übersteigt.

Die Herren Bürgermeister des Kreises sind ersucht, Vorstehendes in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Dillenburg, den 8. Mai 1916.

Der Königl. Landrat.

Behandlung.

Über die Auslegung der Begriffe „Eier“, „Eierkonserve“ und „Eiweiß“ im Sinne der Bekanntmachung über die Abfuhr von Nahrung vom 16. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. 1915 Nr. 130) herrscht in den beteiligten Fachkreisen Unklarheit. In einer abweichenden Handhabung der Einschränkungen in den verschiedenen Bundesstaaten geführt. In deren Behebung ist folgendes bestimmt:

Im Sinne der Bekanntmachung sind zu verstehen: unter „Eiern“: frische Eier sowie Eier, die durch Aufbereitung in Kalkwasser, Wasserglaslösung, Garantierung oder dergl. oder in Kalkhäusern oder durch Verpackung in Asche, Korn, Papier, Stroh oder dergl. haltbar gemacht sind;

unter „Eierkonserve“: flüssiges, durch Kochsalz oder sonstige Zusätze haltbar gemachtes Eiweiß und Eiweiß sowie eingetrocknetes Eiweiß und Eiweiß (auch „künstliches“ Eiweiß, Trockenmilch oder Albumin genannt);

unter „Eiweiß“: Eiweiß jeder Art, also auch Trockenmilch und dergl.

Statt an Stelle von Eiern flüssiges oder getrocknetes Eiweiß verwendet wird, dürfen für 150 Gramm Eiweiß höchstens 100 Gramm flüssiges oder 17,5 Gramm eingetrocknetes Eiweiß genommen werden, wenn 10 Gramm eingetrocknetes Eiweiß genommen werden, so 10 Gramm flüssiges Eiweiß oder 17,5 Gramm eingetrocknetes Eiweiß etwa der in 150 Gramm frischem Eiweiß enthaltene Eiweißmenge und 17,5 Gramm eingetrocknetes Eiweiß etwa 100 Gramm flüssigem frischem Eiweiß (Eiweiß) entsprechen.

Die Herren Bürgermeister des Kreises sind ersucht, die in ihren Gemeinden vorhandenen Bäder und Konditoreien auf Vorstehendes aufmerksam zu machen und auch die Polizeibeamten entsprechend zu instruieren.

Dillenburg, den 5. Mai 1916.

Der Königl. Landrat.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 11. Mai 1916.)

Im Bundesrat: Kommissare.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Anträge der Abg. Abt. (Soz.) und Bernstein (Soz. Arbeitsgem.) auf Aussetzung des gegen den Abg. Liebknecht eingeleiteten Verfahrens nach Aufhebung der über ihn verhängten Haft. Den mündlichen Bericht der Kommission erstattet

Abg. v. Payer (Fortfchr. Bp.), der eine Schilderung der Vorgänge auf dem Potsdamer Platz am 1. Mai, bei

denen der Abg. Liebknecht Rufe ausstieß „Nieder mit der Regierung“ und Flugblätter gegen den Krieg verteilte. Der Abg. Liebknecht wurde von Schutzleuten verhaftet, setzte seiner Verhaftung aber Widerstand entgegen. Später erließ die Militärbehörde zwei Haftbefehle gegen den Verurteilten. Liebknecht hat im wesentlichen die obigen Tatsachen zugegeben, zu denen er sich befugt erachtet. Die Militärbehörde erblidet aber darin den Tatbestand des Kriegsverrats und der Vorschlebung an eine fremde Macht. Zu den juristischen Fragen hat die Kommission keine Stellung genommen, ist aber der Auffassung, daß der Reichstag das Recht habe, auch militärische Strafverfahren gegen seine Mitglieder aufzuheben. Der Aufruf Liebknechts ist gegen den Krieg gerichtet und fordert die Bevölkerung zum Einspruch gegen die weitere Reglementierung auf und zwar in aufreizender Weise. Die Kommission hat den Tatbestand sorgfältig geprüft. Ihre Ansicht war geteilt. Die Mehrheit entschied sich aber schließlich mit 10 gegen 3 Stimmen für die Ablehnung der Anträge.

Abg. Landsberg (Soz.): Die Annahme der Anträge würde einem Brauch entsprechen, den der Reichstag jahrzehntelang geübt hat. Viele Gründe sprechen auch für die strenge Aufrechterhaltung der Immunität, vor allem die volle persönliche Freiheit der Abgeordneten. Antipathien dürfen in dieser Frage nicht mitsprechen. Der Reichstag hat auch stets ohne Ansehen der Partei die Einstellung des Verfahrens gefordert. Für meine politischen Freunde kommt es nur darauf an: Was kommt dem Reiche, was kommt dem Reichstag? Man hüte sich vor dem Präzedenzfall. Dieser Krieg ist für uns ein Kampf um die Heimat. Wir sind entschlossen, wenn wir keinen gesicherten Frieden haben können, diesen Kampf fortzuführen. Durch ein Flugblatt kann doch in diesen Weltkrieg nicht eingegriffen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Inzwischen ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen.

Abg. Haase (Soz. Arbeitsgem.): Bisher ist stets solchen Anträgen ausnahmslos Folge gegeben worden. Wohin sollten wir kommen, wenn die Mehrheit des Reichstages den Wert ihrer Mitglieder differenziert? Das Verbrechen des Kriegsverrats ist noch keineswegs festgestellt. Es kann gar keine Rede davon sein. Die Militärbehörden hielten auch zuerst die Anschuldigung des Landesverrats nicht für gegeben. Diesen Punkt hat zuerst der Polizeipräsident v. Jagow in die Anklage hineingeworfen. Aber auch er sieht nicht in dem Flugblatt den Landesverrat, sondern in den angeblichen Verbindungen Liebknechts und seiner Gefinnungsgegnen in anderen Ländern. Man will hier den politischen Gegner treffen, einen Gegner, der den Mut hat, ruhig seine Tat zuzugeben. Das Reichsamt des Innern hat ein Schreiben an das Kommandanturgericht gerichtet, in dem Unterlagen für die Beurteilung des Landesverrats gefordert werden. und die Erwartung der Ablehnung der Anträge ausgesprochen wird. (Große Unruhe und Lärme rechts und links.)

Abg. v. Pajewski (Pole): Aus prinzipiellen Gründen lehnen wir den Kommissionsantrag ab, nicht dem Abg. Liebknecht zuliebe. Wir sind gegen jedes Ausnahmefest. Damit schließt die Erörterung. Es folgt die namentliche Abstimmung. Der Antrag der Kommission auf Ablehnung der Anträge Albrecht und Bernstein wird mit 229 gegen 111 Stimmen angenommen bei 2 Enthaltungen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Pfui!“)

Präsident Dr. Kämpf ruft den Abg. Rühle zur Ordnung. (Lärm.)

Um 5 Uhr wird die Beratung des Vereinsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Dr. Dertel (konf.): Wir würden die Vorlage ohne weiteres ablehnen können, werden uns aber einer Kommissionsberatung nicht widersetzen. Man sollte solche einschneidenden Änderungen des Vereinsgesetzes nicht während des Krieges vornehmen. Andererseits könnten wir auch andere Wünsche vorbringen. (Lärm links.) Besonders bedenklich muß die Zulassung der Jugendlichen zu den Vereinen und Versammlungen erscheinen. Das ist eine Veräußerung an der Jugend.

Ministerialdirektor Dr. Dewald: Ich habe schon gestern festgestellt, daß schon jetzt die große Mehrzahl der Gewerkschaften nach den jetzt vorgeschlagenen Bestimmungen behandelt wird. Es soll nur dafür eine gefehlte Unterlage geschaffen werden.

Abg. Dr. Jund (nlt.): Auch meine Partei ist entschlossen, dieses Gesetz abzulehnen, aber wir halten Verbesserungen für möglich und deshalb eine Kommissionsberatung für angebracht. Wir würden auch den Staatsarbeitern hinsichtlich ihres Koalitionsrechtes entgegenkommen. Die Beschränkungen hinsichtlich der Jugendlichen sind übertrieben.

Abg. Stubbenborn (Deutsche Frak.): Die landwirtschaftlichen Arbeiter müssen mit demselben Maß gemessen werden wie die anderen. Wir sind bereit, in der Kommission mitzuarbeiten.

Abg. v. Trampzynski (Pole) bringt Beschwerden über die Handhabung des Vereinsgesetzes vor und fordert die Beseitigung des Sprachenparagraphen.

Hierauf wird die weitere Beratung auf Freitag 3 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht außerdem der Etat des Reichsschatzamt und des Reichstages, keine Anfragen.

Giolitti in Rom.

Ueber die Romreise Giolittis erhält der Mitarbeiter des „Dortm. Gen.-Anz.“ in Lugano von Giolitti nahestehender Seite folgenden Kommentar:

Raum selten hatte ein Ereignis in Italien so viel Aufsehen gemacht, als Giolittis Reise nach Rom, wo er in der

Villa Frascati eine Zusammenkunft mit dem König gehabt hat. Schon mehrere Male war eine Einladung an Giolitti vom König ergangen, es war aber zu keiner Zusammenkunft gekommen, weil von dritter Seite die Zusammenkunft immer im letzten Moment vereitelt wurde. Giolitti verweigerte auch jeden Besuch Roms, weil er der inneren und auswärtigen Presse keine Gelegenheit zu überflüssigen Erörterungen geben wollte. Er wollte aber auch den Anschein vermeiden, als ob er die Beerdigung des abgelebten Kabinetts Salandra-Sonnino übernehmen solle.

Der König hatte vor einiger Zeit wieder ein persönliches Handschreiben an Giolitti gerichtet, worin Viktor Emanuel den Wunsch aussprach, mit Giolitti in persönlichen Gedanken austausch zu treten. Giolitti, der als Minister nie ein anderer vor ihm oder nach ihm das Vertrauen des Königs und des Landes genoss, kam diesmal nach Rom, umso mehr, als die Situation ja vollständig verändert war. Sah früher Salandra in ihm seinen erbittertesten Feind, so scheinen jetzt die großen und größten Gegensätze zwischen Salandra und Giolitti ausgeglichen. Es haben zwischen den beiden italienischen Politikern in letzterer Zeit häufig Besprechungen stattgefunden, deren Resultate sich auch sofort bemerkbar machten. Die Erkenntnis, daß das Kriegsgebiet nicht erweitert werden dürfe, daß Italien, ohne sich zu einem Kleinstaat zu verurteilen, sich nicht weder im Orient noch in Blandern zu kriegerischen Handlangerdiensten herabwürdigen dürfe, daß Italiens Söhne keine Senegalschlachten, keine Silbis, Gurkhas und keine Marokkaner seien, die für Englands Erhaltung zu hunderten Tausenden hingerafft werden, diese Erkenntnis ist wohl auf Giolittis Einfluß zurückzuführen. Nach dem Begeisterungsdramma des Asquithbesuches in Rom brachte die Wirtschaftskonferenz in Paris für Italien die größte Enttäufung. England stellte an Italien das Ansinnen, es solle die in italienischen Häfen liegenden deutschen Schiffe an England ausliefern, dann wäre auch England in der Lage, die Frachtschiffe, die die Kohlen für Italien so ungemein verteuern, zu ermäßigen. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt, weil ein solches Vorgehen nicht im italienischen Interesse wäre. Schritte Italiens zur Konfiskation der deutschen Schiffe, so würden diese für italienische Zwecke dienstbar gemacht werden. Die Anerkennung eines Handelsvertrages, den Italien mit England allein schließen sollte und der auf eine totale wirtschaftliche Knebelung Italiens hinauskomme, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Regelung dieses Vertrages wurde vom Verlauf des Krieges und dessen Resultaten abhängig gemacht. Die Wahrnehmung, daß die italienische Politik sich in eine Sackgasse verannt hat, mag den König nun erneut veranlaßt haben, sich mit Giolitti zu besprechen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß Italien seine weitere Mitarbeit am Kriege nur unter Zusage sehr realer Gegenwerte abhängig macht. Die Stimmen, daß zu Befreiung Italiens auch die Erlösung italienischer Brüder auf Korsika und in Savoyen gehöre, daß Nizza erstrebenswerter gewesen wäre als Triest, hört man sehr viel und sehr eindringlich. Zu dem Giolittischen Programm gehört auch die künftige Erwerbung Malta's, das ja der Schlüssel ist, der die Tür zum Orient öffnen oder schließen kann. Man weiß allerdings, daß England niemals Malta verkaufen wird, wenn es nicht dazu gezwungen wird. Sehr wahrscheinlich, daß in Frascati darüber verhandelt wurde, um wieviel leichter man von den jetzigen Bundesgenossen Malta und Korsika hätte haben können, als von den früheren Istrien und Albanien. Die jetzigen Bundesgenossen hatte man eben überschätzt. Auffällig war die lange Unterredung, die Giolitti mit dem König hatte. Mehr als zwei Stunden weilte Giolitti beim König. Die Volksstimmung in Rom war diesmal eine ganz andere als im Mai vorigen Jahres. Es gab diesmal keinerlei Demonstrationen gegen Giolitti, der sich im vorigen Mai vor einer bezahlten aufrührerischen Menge aus Rom flüchten mußte. Man ist eben infolge der „großen Erfolge“ ruhiger geworden.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 11. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Deutsche Flugzeuge belegten Dänkirchen und die Bahnanlagen bei Adinkerke mit Bomben.

Auf dem westlichen Maasufer griffen die Franzosen nachmittags beim Toten Mann, abends südöstlich der Höhe 304 unsere Stellungen an. Beide Male brach ihr Angriff im Maschin- und Sperrfeuer der Artillerie unter beträchtlichen Verlusten für den Feind zusammen.

Eine bairische Patrouille nahm im Camardwalde 54 Franzosen gefangen.

Die Zahl der bei den Kämpfen seit 4. Mai um Höhe 304 gemachten unverwundeten gefangenen Franzosen ist auf 53 Offiziere, 1515 Mann gestiegen.

Auf dem östlichen Maasufer fanden in der Gegend des Gailletwaldes während der ganzen Nacht Handgranatenkämpfe statt. Ein französischer Angriff in diesem Walde wurde abgeschlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nördlich des Bahnhofes Selburg wurden 500 Meter der feindlichen Stellung erstürmt. Hierbei fielen 300 unverwundete Gefangene in unsere Hand. Einige Maschinengewehre und Minenwerfer wurden erbeutet.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

noch einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai einer solchen Auslegung fähig sein. Jedoch, die Möglichkeit eines Mißverständnisses zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Kaiserlichen Regierung, daß sie keinen Augenblick in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern, daß die Achtung des Rechtes amerikanischer Bürger auf der See seitens der deutschen Marinebehörden in der hohen See oder in geringstem Grade von dem Verhalten einer anderen Regierung, das die Rechte der Kriegsschiffe berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist nicht gemeinschaftlich, absolut, nicht relativ. Ich erlaube mir, um Euer Exzellenz die Versicherung zu übermitteln, daß die ausgezeichnete Hochachtung zu erneuern. (Gez.: G. Gerard.)

10. Mai. (W.B.) Die französischen Heer schöpften Hoffnungen aus der amerikanischen Antwort auf die Note. Das „Echo de Paris“ sagt: „Der Lauf des Krieges hängt jetzt allein von der Art ab, wie der Krieg geführt wird. Man macht sich keine Illusionen über die schweren Folgen, die ein neuer „Suessekanal“ bringen würde.“ Wilson schließt seine Bemerkungen mit „Petit Journal“: „Die Sache ist verhandelt. Das allgemeine Gewissen ist dem Urteil der Präsidenten vorausgegangen. Wenn nicht heute, so doch morgen wird die Strafe.“ „Petit Parisien“ quittiert hochmütig, daß Wilson den deutschen Schacher abgelehnt habe, daß er triumphierend sagt: Der Kaiser hat seinen Meister. Der „Temps“ schreibt: „Was auch immer das Ergebnis der deutsch-amerikanischen Beziehungen sein möge, die Antwort ist trocken bis zur Verachtung und hat nunmehr eine große moralische Tragweite. Sie verkündet, daß der moralische des deutschen Kaiserreiches jede Verbindung mit Kulturvölkern unmöglich macht.“

10. Mai. (W.B.) Dem „Bund“ fällt in der amerikanischen Antwort der trodene unverbindliche Ton auf. Er enthalte durchaus nicht die nach Beilegung eines Krieges üblichen höflich-freundlichen Wendungen. So habe die sich zwar äußerlich vertragen, aber keineswegs die Sicherheit gewonnen haben, das mühsam zu erröthelnde Band werde lange halten. Für den Augenblick immerhin ein Bruch der Beziehungen vermieden worden. Der „Bund“ sodann daran erinnert, wie er den ganzen Angelegenheit in Deutschlands Vorbehalt habe, weist er darauf hin, daß aus der amerikanischen Antwort ersichtlich sei, daß tatsächlich der Gegensatz, der daraus ergebe, nicht aus der Welt geschafft worden sei. Die amerikanische Antwort enthält die Schärfe der Zurückweisung dieses Vorbehaltes. Schärfe, die man die Gegensätze nicht betonen.

11. Mai. (W.B.) Die „Neuen Zürcher Nachr.“ betonen, daß der deutsch-amerikanische Konflikt beigegeben ist und betont, daß damit auch für die Neutralen die Befriedigung sei, die unter Umständen katastrophale Folgen gehabt hätten. Man sage nicht zu viel, wenn behauptet, daß der Erfolg nicht bei der amerikanischen Seite, sondern bei der deutschen liegt. Was Wilson habe, die Aufgabe des Unterseebootkrieges, habe er erreicht, während die deutsche Regierung, was ihr am liebsten liegt, die Verhütung des Krieges, völlig erlitten habe. Das „Berliner Intelligenzblatt“ entnimmt der Semantischen Fassung der amerikanischen Antwortnote, daß die Willen in den Erklärungen Deutschlands einzig den Willen der Vereinigten Staaten und die Bereitwilligkeit erblicken will, die guten Beziehungen aufrecht zu erhalten. Es meint: Darin liegt denn die Hauptbedeutung der amerikanischen Antwortnote, daß sie alle Voraussetzungen für eine glückliche Beilegung des deutsch-amerikanischen Konfliktes enthalten sind. Diese Antwort muß die Alliierten heute besonders unangenehm sein.

11. Mai. (Z.L.) Der Londoner Korrespondent der „Stampa“ hebt in seinem Bericht vor allem die Laune der Londoner großen Journale. Wilsons Antwort an Deutschland hervor und bemerkt, manche Kommentare lassen sogar durchblicken, daß andere Gefühle als die offen ausgesprochenen für England und die Vereinigten Staaten maßgebend. Einige Blätter brandmarken Wilsons Antwort als Kapitulation vor Deutschland. Aus dem Bericht der „Stampa“ geht auch hervor, daß die Londoner Presse Wilson vor dem gesamten Volk als einen heimlichen Verräther (1) hinzustellen.

Unsere Kriegsziele.

München, 11. Mai. (Z.L.) König Ludwig hat aus Anlaß der hundertjährigen Zugehörigkeit der Pfalz zum Königtum Bayern eine Abordnung aus der Pfalz empfangen. In seiner Ansprache sagte der König: Wir stehen mitten im Krieg, wann er enden wird, wissen wir nicht, aber daß wir siegen werden, wissen wir, und wir wollen keinen Frieden, der uns nicht eine bessere Stellung als wir jetzt haben. Unsere Feinde zerbrechen sich am Rhein, an seiner Kraft und der seiner treuen deutschen Heere. Wir bringen die schwersten Opfer des Krieges, aber auch die Heimat bringt ihre Opfer. Daß das Volk in aller Zukunft verschont werde, das ist das Ziel, das wir im Frieden schließen erreichen wollen.

Die englische Aushungerungspolitik.

Kristiania, 10. Mai. Die Häfen Bergen, Haugesund, Trondheim, sowie die übrige norwegische Westküste sind überfüllt mit Hunderttausenden von Londoner Flüchtlinge und Dorfs, die für englische und französische Rechnung angeliefert und bezahlt, aber nicht abgenommen wurden. Sie verkaufen und verpfänden alles, was sie haben. Der geplante Export nach Argentinien, der Rußland und Japan kommen sollte, ist unmöglich. Die norwegischen Behörden fordern, daß die kolossalen Vorräte, die vollkommen nutzlos sonst verderben, wenigstens dem norwegischen Volk zugute kommen, da hier die Getreidepreise hoch sind. Nach Deutschland ging von dem diesjährigen Gang aus wie nichts, da die Engländer und Franzosen gegen die Preise alles aufgekauft haben. Die Zeitungen schreiben, es sei widerwärtig anzusehen, daß die ungeheure Menge Nahrungsmittel wohl im Werte von Hunderten Millionen in dieser teuren Zeit wegen Englands Aushungerungspolitik gegen Deutschland in den norwegischen Häfen zu Guano verkommen lasse.

Die Alandsinselnfrage.

Stockholm, 11. Mai. (W.B.) Meldung der „Schwedischen Telegraphen-Agentur“. General Rapp veröffentlicht im „Aftonsbladet“ weitere Äußerungen zur Alandsinselnfrage. Er betont, daß ein freies Land bei den gegenwärtigen Umständen für Schweden das Existenzminimum sei und daß es im schwedischen Interesse liege, daß der Status der Insel während des Krieges aufrechterhalten bleibe. Das sei schwedisches, nicht deutsches Interesse. Das Zögern, Schweden dazu zwingen, Deutschland um Hilfe anzu-

rufen, wodurch Schweden sich Deutschlands Willen unterwerfen würde. Schweden dürfe von keinem anderen als von sich selbst abhängig sein. Es sei nicht zulässig, die Angelegenheit auf die Zukunft zu verschieben, denn über die Zukunft werde jetzt entschieden werden. Schweden könne wegen seiner Selbstbestimmungsfähigkeit und militärischen Operationsfreiheit in diesem Kriege, der über sein Schicksal und das der Hauptmächte entscheide, nicht auf bloße Versicherungen bauen. Es gebe etwas, über das man keine Kompromisse schließen könne, das Leben selbst.

Kopenhagen, 11. Mai. (W.B.) Sämtliche Petersburger Zeitungen veröffentlichen eine halbamtliche Bekanntmachung, daß die Gerüchte von einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Schweden einerseits und Rußland und England andererseits böswillige Erfindungen seien. Insofern zu den Gerüchten sei wohl die zeitweilige Einstellung des Verkehrs zwischen Schweden und Rußland über Tornea-Paranada infolge Eisganges gewesen.

Berlin, 11. Mai. Stockholmer Zeitungen melden, daß das an der schwedischen Grenze gelegene russische Uleaborg in verstärkter Besatzungszustand erklärt und mit starken russischen Truppenkontingenten besetzt worden ist. Gleiche Maßnahmen werden von den übrigen Teilen der russisch-schwedischen Grenze gemeldet.

Geplante Hebung der „Lusitania“.

Man schreibt der „Frei. Ztg.“: Wie man aus Newyork hört, hat die dortige Inter-Ocean Submarine Engineer Company den Beschluß gefaßt, den Meeresgrund nach den Schiffen abzusuchen, die von den deutschen Unterseebooten versenkt worden sind. Die Arbeiten der Gesellschaft sollen mit der Hebung der am 7. Mai vergangenen Jahres untergegangenen „Lusitania“ beginnen, da ihr Wert an Metallen und sonstigen Gegenständen sich laut der gezahlten Versicherungssummen auf etwa 12 Millionen Mark beläuft, die man wenigstens zum größten Teile retten zu können hofft. Nachforschungen haben ergeben, daß die „Lusitania“ in einer Tiefe von 120 Meter liegt, sodaß ihre Durchsuchung nicht zu den Unmöglichkeitlichkeiten gehören würde. Ob sich freilich die Hoffnungen, die an die Hebung der „Lusitania“ und der übrigen versenkten Schiffe geknüpft werden, in dem gewünschten Umfang erfüllen, steht dahin.

Der Suchomlinow-Standal.

Stockholm, 11. Mai. (Z.L.) Die Ereignisse, welche zur Verhaftung Suchomlinows führten, machen vielleicht den größten Militärstandal der russischen Geschichte aus. Der Kriegsminister war nach seiner Absetzung mit den größten Waffenfabriken in Verbindung getreten, um durch seine Beziehungen zur Intendantur die Unterschlebung von unbrauchbarer Munition unter die Vorkämpfer durchzuführen. Der General erhielt für seine Beihilfe an dem landesverrätherischen Betrugsmanöver sehr bedeutende Summen.

Griechenland und der Serbentransport.

Kopenhagen, 11. Mai. (W.B.) Folgende Mitteilung des Pressbureaus wird von Petersburger Blättern vom 5. Mai gebracht: Die griechische Regierung hat bisher der Zurschuldrung der serbischen Truppen durch Griechenland ihre Zustimmung nicht erteilt. Die griechische Regierung begründet ihre Weigerung mit der Befürchtung vor der Einschleppung von Seuchen und damit, daß der Transport der Truppen auf der schmalfpurigen Eisenbahn Patras-Athina allzuviel Zeit beanspruchen würde. Es ist jedoch klar, daß der Hauptgrund der griechischen Regierung die Furcht vor Deutschland ist. Die Alliierten haben beschlossen, Griechenland zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen. Die energische Haltung der Alliierten in dieser Frage entspricht dem Wunsch, die Pläne Griechenlands endgültig klarzulegen. Die Gesandten der Alliierten haben die Weigerung erhalten, im Einverständnis mit dem Stabe der Truppen der Alliierten in Griechenland vorzugehen.

Vor Salona.

Athen, 11. Mai. (Z.L.) Zeitungsnachrichten aus Rom bringen Meldungen über erneute Vordrängbewegungen der österreichisch-ungarischen Armee gegen Salona. Mit dem einsetzenden Feuer der 1. und 2. schweren Artillerie steigerte sich die Nervosität der Italiener an der griechischen Grenze, die zu neuen Zwischenfällen führte. So kam es an der epirischen Grenze zwischen griechischen und griechischen Kräften zu einem blutigen Zusammenstoß, da die Italiener abermals versuchten, auf griechisches Gebiet vorzudringen. Versprechungen in Athen bemühen sich jetzt, solche Zwischenfälle möglichst zu vermeiden. Es sollen Kommissionen aus Offizieren gebildet werden, die über Zwischenfälle an Ort und Stelle zu entscheiden haben. Aus Florina (südlich von Monastir) wird gemeldet, daß ein deutscher Aeroplan die nahe der Station lagernden Franzosen aus großer Höhe ausgiebig mit Bomben bewar und trotz heftiger Beschießung in der Richtung nach Monastir zurückkehrte.

Die Wünsche Serbiens.

Kopenhagen, 11. Mai. (W.B.) Die Petersburger Zeitungen vom 5. Mai veröffentlichten folgende Mitteilungen des Pressbureaus: Der serbische Ministerpräsident Paskitch hat die Erklärung abgegeben, er sei mit den ihm von dem höchsten Leiter der äußeren Politik Rußlands gegebenen Zusicherungen sehr zufrieden. Die Wünsche und Hoffnungen des serbischen Volkes auf Bereinigung aller serbischen Länder unter der Dynastie Karageorgewitsch würden ebenso in den höchsten wie in den politischen Kreisen geteilt. Eine genaue Festlegung der serbischen Wünsche geschehe aus politischen Gründen nicht.

Aus Spanien.

Madrid, 11. Mai. (W.B.) Bei Eröffnung der Kammer verlas der König eine Thronrede in der es heißt: Spanien unterstößt mit allen Kriegsführenden die gleichen freundschaftlichen Beziehungen. Spanien wird die Neutralität aufrechtzuerhalten. Alle Kriegsführenden schätzen die Loyalität seines Verhaltens und die gerechten Gründe seiner Haltung. Die Regierung gehorcht, indem sie die Neutralitätspolitik bekräftigt, dem einstimmigen Willen des Landes. Die Votschaft kündigt zahlreiche Probleme an, die sich aus dem Frieden ergeben werden. Was Spanien anbelange, so werde man die Auswanderung von Kapital und Arbeitskräften verhindern müssen, die nach dem Kriege von anderen Ländern für die gewaltige Aufgabe des materiellen Wiederaufbaues gesucht werden würden. Zu diesem Zwecke werde die Regierung einen organischen Plan wirtschaftlicher und finanzieller Maßnahmen vorlegen, der die Arbeiterkräfte beseitigen und den Ausfuhrhandel mit Hilfe einer Organisation rascher Kreditgebung anregen solle. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Gegenwart werde die Regierung die Verstärkung der nationalen Verteidigung fördern. Die Kammer würden namentlich über die Grundlagen der militärischen Reorganisation zu beraten haben. Die Votschaft schließt: Die Kammer würden die Pflicht haben, sich bei den Beratungen von den Interessen der Landesverteidigung und des Wohlergehens Spaniens leiten zu lassen.

Aut el Amara.

London, 11. Mai. (W.B.) Unterhaus. Ein Mitglied des Hauses lenkte die Aufmerksamkeit auf die deutschen Berichte, nach denen die Türken alle englischen Flugzeuge abgeschossen hätten, als diese sich bemühten, Lebensmittel nach Aut el Amara zu bringen. Unterstaatssekretär des Kriegsamtes, Tennant, erwiderte: Zwischen dem 11. April und 23. April haben britische Flugzeuge in Aut el Amara 1850 Pfund Lebensmittel, außer Mengen medizinischer und anderer Vorräte, sowie unseren Briefbeuteln abgeworfen. Während dieser Operationen fanden zahlreiche Luftkämpfe statt; in einem wurde ein englisches Seeflugzeug in die Hände des Feindes niedergeschossen, der Führer wurde getötet und der Beobachter verwundet. In einem anderen Falle wurde der Führer eines Flugzeuges verwundet, doch gelang es ihm, sicher hinter den britischen Linien zu landen. Dies waren die einzigen Verluste während dieser Operationen.

Aus Mexiko.

Amsterdam, 11. Mai. (W.B.) Der Washingtoner Korrespondent der Times meldet: Carranza hat die Forderung wiederholt, daß die amerikanischen Truppen sofort zurückgezogen werden sollen. Wilson habe sich neuerdings geweigert, darauf einzugehen und schickte weitere 4000 Mann regulärer Truppen nach der Grenze. In amtlichen Kreisen spricht man offen von der Möglichkeit einer bewaffneten Intervention. Ob sie aber ernst gemeint oder nur darauf berechnet ist, auf Carranza Eindruck zu machen, läßt sich schwer sagen. Die Lage hat sich infolge des neuen blutigen Ueberfalles im amerikanischen Grenzgebiet, der wahrscheinlich von Carranzisten und nicht von Anhängern Villas unternommen worden ist, verschlechtert. Man fühlt sich sehr beunruhigt, da die Möglichkeit besteht, daß die amerikanischen Truppen von einer Uebermacht angegriffen werden. Inzwischen sind die Vereinigten Staaten tatsächlich von regulären Truppen entblößt worden; wenn die Schwierigkeiten in Mexiko zunehmen, würde man auch Truppen der zweiten Linie ausbieten müssen.

Aus dem fernen Osten.

Kopenhagen, 11. Mai. (W.B.) Die „Kotwoje Wremja“ meldet aus Chabin: Die Garnison von Zikhar entsetzte den bisherigen Gouverneur und wählte einen neuen. Sie erklärte die Unabhängigkeit der Provinz Zikhar von der Regierung in Peking.

Kleine Mitteilungen.

Berlin, 11. Mai. (W.B.) Der Steuerausfluß des Reichstages lehnte in erster Lesung des Tabaksteuergesetzes die Steuer auf Tabak und Zigarren mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler ab, während sich das Zentrum und die Nationalliberalen der Stimmgabe enthielten. Die Kriegsausschlüsse für Zigaretten wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Für Zigarettentabak im Kleinverkaufspreise wurde die Steuer von fünf auf acht Mark heraufgesetzt. Für Zigaretten aus Betrieben, die erst nach dem 30. September 1915 steueramtlich angemeldet sind, soll der dreifache Betrag des Kriegsausschlusses erhoben werden.

London, 11. Mai. (W.B.) Daily Telegraph meldet aus Madrid vom 5. Mai: Etwa 900 Deutsche aus Kamerun sind in Madrid angekommen. 5000 Eingeborene und eine Anzahl Europäer bleiben in Spanisch-Guinea.

Von der schweizerischen Grenze, 10. Mai. (Z.L.) Die Sabasagentur meldet aus Lissabon: Durch einen Erlass wird bestimmt, daß die in Portugal geborenen Personen, deren Väter Deutsche sind, hinsichtlich ihrer Rechtsfähigkeit und ihres Vermögens als feindliche Untertanen angesehen werden sollen. Sie müssen Portugal innerhalb 5 Tagen verlassen, mit Ausnahme derer, die vor der Kriegserklärung Staatsbeamte waren.

Berlin, 11. Mai. Die Berl. Ztg. a. M. meldet aus Paris: Aus Washington wird gemeldet, daß Repräsentanten aus Paris die Vorlage über eine Verstärkung der Armee, die mehr als eine Million Mann vorzäh, abgelehnt.

Tagesnachrichten.

Böln, 11. Mai. Nachdem vorgestern bei dem Metzgermeister Sommer 10000 Pfund verpacktes Fleisch beschlagnahmt wurden, untersuchte gestern die Polizei die Kellerräume der Zentralmarkthalle, wo laut der „Böln. Ztg.“ wiederum 100 Zentner Rindfleisch, Speck und Schinken, die Sommer dort verpackt hatte und die gleichfalls der polizeilichen Beschlagnahme verfielen. Der Fall ruft umso größere Aufregung in der gesamten Bevölkerung hervor, als in Sommers Geschäft niemals Fleisch zu haben war. Man sah im Fenster immer das Schild: Ausverkauf! Inzwischen hat sich noch herausgestellt, daß Sommer Fleisch, das er zu Anfang des Krieges zu 1,20 Mk. gekauft hat, in großen Mengen nach auswärts zu eminent hohen Preisen (Speck z. B. zu 5 Mk. das Pfund) verkauft hat. Bei seinen Manipulationen hat Sommer riesige Summen verdient, so daß man ihn für einen Millionär hält.

Hamburg, 11. Mai. Im Hamburger Hafen brach in einem Schiff ein Großfeuer aus. Die Feuerwehre griff das Feuer von allen Seiten sehr energisch an und erreichte dadurch, daß sie es nach anderthalbstündiger angestrengter Tätigkeit in ihre Gewalt bekam. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Berlin, 11. Mai. Zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde wegen Vergehens gegen die Höchstpreise der Direktor der Meierei Bolle. Die Meierei hatte den Kunden, denen die Milch in Flaschen ins Haus geliefert wurde, für das Mier noch Bringerlohn und einen Zuschlag für Flaschenfüllung abgefordert, außerdem hatten die Kutscher nur Butter verabsolgt, wenn zudem noch Bienenhonig abgenommen wurde.

Budapest, 11. Mai. (W.B.) Aufgrund der bisherigen Erhebungen ist es nunmehr zweifellos, daß der Spenglermeister Bela Kish ein Massenmörder ist. Die Polizei hat bisher von 18 Personen Kenntnis, mit welchen Kish in Verbindung stand. Von diesen sind bisher 8 als vermüßt angezeigt, während die anderen zehn noch nicht ermittelt werden konnten. Ein intimer Freund von Kish, der frühere Polizist Regh, und die Bedienerin Jakubek, welche leugnen, sich aber in Widersprüche verwickelten, wurden verhaftet. Die Polizei öffnete ein Paket, welches Kish seiner Bedienerin Jakubek zur Aufbeahrung übergeben hat. Es enthält eine große Anzahl von Liebesbriefen, aus welchen 23 Adressen bekannt wurden, aufgrund welcher die Polizei Nachforschungen anstellt. Auf dem Dachboden wurden in einem Saal Frauenkleider gefunden. Heute vormittag wurden von der Gerichtskommission vier von den sieben Verhafteten geöffnet. In dreien fand man Frauenkleider. Sie sind vollkommen bekleidet, mit Strümpfen verschmückt und jede hat einen Strick um den Hals. In der vierten Tonne

fersdorf 4 Uhr:
auf. u. Frau.
ittm. abd. 8 U.